



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 17.01.2006

22. Neujahrsempfang der Gewerkschaft der Polizei GdP-Landesvorsitzender kritisiert Politik und Polizeiführung

Zahlreiche Gäste aus der Politik und der Polizeiführung konnte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am Montagnachmittag in der Eberdinger Gemeindehalle begrüßen. Unter den Gästen waren Innenminister Heribert Rech (CDU) und die SPD-Landesvorsitzenden Ute Vogt.

In seiner Begrüßungsrede kritisierte der GdP-Landesvorsitzende die Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr bei der Fußballweltmeisterschaft in unserem Land. „Anscheinend bekommen einige von denen, die vor einem halben Jahr noch erklärt haben, das sei alles kein Problem für die Polizei, jetzt kalte Füße. Wie anders ist es zu erklären, dass einige Innenminister in Deutschland, man hat den Eindruck „mit Gewalt“ den Einsatz der Bundeswehr im Innern durchsetzen wollen“, sagte Schneider. Weiter äußerte er unter Bezugnahme auf ein Zitat des Berliner Innensenators: „Die WM ist keine Katastrophe, sondern ein Fest. Wir wollen deshalb keine Militärfestspiele abhalten.“

Im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl und die Übertragung der Zuständigkeiten für die Beamtenbesoldung erklärte Schneider: „Wir wollen nicht akzeptieren, dass ein großer Teil unserer Kolleginnen und Kollegen nicht leistungsgerecht bezahlt werden. Deshalb plädieren wir natürlich für eine leistungsgerechte Bezahlung aller Beamtinnen und Beamten. Wenn aber die Grundleistung nicht leistungsgerecht eingestuft wird, dann brauchen wir uns über zusätzliche Leistungskomponenten nicht weiter unterhalten. Wer es mit der Forderung nach der leistungsgerechten Besoldung der Polizeibeamtinnen und –beamten ernst meint, der darf sie aber nicht damit verknüpfen, dass dies insgesamt nicht mehr Geld kosten dürfe.“ Diesen eindeutigen Standpunkt wird die GdP auch bei den wohl kommenden Gesprächen über die Neuordnung der Beamtenbesoldung auf Landesebene einnehmen.

An die Adresse der Polizeiführung gerichtet sagte der GdP-Chef: „Die GdP hat kein Verständnis dafür, wenn politisch so merkwürdige Entscheidungen

gen wie z.B. kurz vor Weihnachten in Bezug auf die Lebensmittelkontrollen getroffen werden und dann niemand aus ihren Reihen dagegen hält. Das was da jetzt ausgehandelt wurde ist ziemlich nahe an dem was man üblicherweise als „Schildbürgerstreich“ bezeichnet. Wenn nur deshalb, weil man die Öffentlichkeit wieder ruhig stellen will, Polizeibeamte „zweckwidrig“ eingesetzt werden, dann hätten wir auch Kritik aus den Reihen der Polizeiführung erwartet.“

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf

Rufnummer für Rückfragen:

Josef Schneider, Landesvorsitzender, Tel. Nr. für Rückfragen 07042/879-200 oder 0171/4669911